

3 Ergebnisse

Diese drei Modelle ergaben einen Realisationsraum der TA als Gegenstand der Hochschulbildung und gleichzeitig den Diskussionsrahmen der Abschlussgespräche, die mit kurzen Statements des Podiums (Alfons Bora, Armin Grundwald, Michael Jischa und Jan C. Schmidt) eröffnet wurden. Die Diskussion zeigte mit großer Einigkeit die Notwendigkeit eines „propädeutischen Vorlaufs“ bei der Vermittlung der TA, die im Methodenkontext der jeweiligen Einzelwissenschaften entwickelt werden müssten. Die Frage nach der verpflichtenden Belegung entsprechender Kurse statt der Verortung im fakultativen Curriculum des Begleitstudiums stand im Raum.

Für die praktische Umsetzung der TA im Lehrbetrieb wurde durch die zahlreichen Vorträge im Laufe der zweitägigen Veranstaltung deutlich, dass es gewissen Branchen im Netzwerk der TA gibt: Die großen Erfahrungs- und Theorieerkenntnisse könnten durch bessere Austauschprozesse sicher einen nachhaltigen Impuls für die Lehrpraxis und spezifische Methodik der TA-Vermittlung geben, hier gilt es also, durch Aufbau entsprechender Strukturen bestehende Potenziale besser zu nutzen. Der pädagogische Aufwand ist anscheinend recht hoch – insbesondere, wenn man die pejorativ überspitzte Kennzeichnung des Ingenieurs als „kommunikativem Autisten“ berücksichtigt: Sie zeigt jedoch in aller Deutlichkeit, dass die Vermittlung der TA nicht nur die Vermittlung von Kriterien der Technikbewertung und -analyse bedeutet, sondern hinsichtlich der Metaperspektive der Technik an sich nicht ohne eine mindestens wissenschaftstheoretische, wenn sogar geisteswissenschaftliche bis ethische Perspektive auskommt. Dieser Wissenschaftsbetrieb erfordert eine weit komplexere Propädeutik, die eng an den Grundprinzipien eines humanistischen Bildungsauftrags entwickelt werden muss.

1987 fasste der Deutsche Bundestag den Beschluss, dass „der Gesamtzusammenhang von technischem und gesellschaftlichem Wandel [...] als komplexes System von sich gegenseitig bedingenden Ursachen und Wirkungen systematisch erfasst und bewertet werden“ müsse (Deutscher Bundestag 1987). Erfreulich stimmt es, dass die Tagung auf Basis umfangreicher praktischer

Lehrerfahrungen, wenn auch unter beachtlicher, aber evaluierungsbedürftiger methodischer Radiation, die Umsetzungsschwierigkeiten einer TA in bildungspraktischer Perspektive diskutieren konnte. Dass diese Fragen Umsetzungsprobleme behandeln, ist außer Frage ein verantwortungsbewusster Beitrag zur Nachhaltigkeit im Bildungsanspruch aller involvierten Disziplinen. Gehlen kann hier Recht behalten: Meinungen haben, genügt nicht. Chapeau, TA!

Literatur

Deutscher Bundestag, 1987: Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen. Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung. BT-Drs. 10/5844, Bericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages. Bonn

Gehlen, A., 1974: Moral im Wandel. Volk, Staat und Individuum. In: *Die Politische Meinung* 19 (152), S. 5–12

« »

Neue Begriffe oder alte wissenssoziologische Perspektiven?

Bericht vom Sommerworkshop des Arbeitskreises „Politik, Wissenschaft und Technik“ der DVPW

Darmstadt, 15.–16. Juni 2010

von Simon Pfersdorf, ITAS

Die sozialwissenschaftliche Theoriebildung hat den Zusammenhang von Politik und Wissen mehrfach unterschiedlich konzeptualisiert. Gerade vor dem Hintergrund der mittlerweile abebbenden Auseinandersetzung um die Beobachtung und Beschreibung der Gesellschaft als Wissensgesellschaft erscheint es sinnvoll, dieses Verhältnis erneut zur Diskussion zu stellen. Eine interessante Perspektive dafür bot der Sommerworkshop des Arbeitskreises Politik, Wissenschaft und Technik der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) zum Thema „Wissen im Politikprozess und Politik der Wissensproduktion“, der dieses Jahr an der Universität Darmstadt abgehalten wurde. Im Call for Papers waren Fragen nach der politischen Kon-

struktion und politischen Relevanz von Wissen aufgeworfen worden; außerdem interessierten die Bedingungen der Möglichkeit von Wissen und dessen Verhältnis zum Nichtwissen.

Die gehaltenen Vorträge ließen sich zwei wissenssoziologischen Forschungsperspektiven zuordnen: Zum einen warfen die Vortragenden Fragen nach den Regeln der Konstruktion von Deutungen, also der Darstellung von Wissen auf, wie sie sich etwa in einer diskursanalytischen Forschungsperspektive (Foucault) stellen. Zum andern interessierten sie sich für die sozialen und sozialwissenschaftlichen Konsequenzen, die sich ergeben, wenn soziale Subjekte kontextspezifisch extern konstruierte Wissensbestände interpretieren (beispielsweise die hermeneutische Wissenssoziologie). Die Veranstalter hingegen hatten den Workshop nach den folgenden thematischen Blöcken strukturiert: Wissenspraktiken im Politikprozess, Policyinstrumente, Wissensproduktionen und ihre Institutionen sowie offene und geschlossene Wissensarchitekturen. Abgesehen von Policyinstrumenten blieben die Bedeutung und Trennschärfe der anderen Begriffe unklar.

1 Wissenspraktiken im Politikprozess

Der Politologe *Holger Straßheim* reflektierte in seinem konzeptionell gehaltenen Beitrag den Begriff der „Wissensordnungen“ vor dem Hintergrund der ambivalenten Rolle wissenschaftlichen Wissens in Prozessen politischer Beschlussfindung. Der Streit der Experten konterkarierte regelmäßig den Bedarf nach wissenschaftlichen Expertisen für die Rechtfertigung politischer Entscheidungen. Dass Politik dennoch zu Entscheidungen komme, könnten Straßheim zufolge Wissensordnungen erklären: Wissensordnungen würden Wissen testen, es rechtfertigen und zugleich die Bedingungen seiner Legitimität und Validität regulieren. Wissen entspreche der Herstellung von Gewissheiten in der Umwelt von Teilsystemen. Wissensordnungen könnten also den Aufbau wechselseitiger Relevanzhorizonte ermöglichen. Damit einher gehe die ungleiche Verteilung von Aufmerksamkeiten auf möglicherweise relevante Informationen. Diese „politische Ökonomie der Aufmerksamkeit“ präge sich in verschiedenen Ländern unterschiedlich aus. Folglich könnten

Wissensordnungen auch als Werteordnungen gelesen werden, die die Bedingungen der Möglichkeit beeinflussen würden, relevante von irrelevanten Informationen zu unterscheiden. Wissensordnungen würden sich verändern, wenn sich durch die Zunahme von Kontingenzen, Prozesse der wechselseitigen Beobachtung änderten. Die Zunahme von Kontingenzen, also Unsicherheiten sozialen Handelns erfolge durch den Vergleich unterschiedlicher Wissensordnungen.

Dass wissenschaftliches Wissen über Medien politische Entscheidungsträger erreiche, erläuterte *Imme Petersen* in ihrem Beitrag. Ausgehend von qualitativen Interviews stellte die Ethnologin unterschiedliche gesellschaftlichen Funktionen wissenschaftlicher Medienberichterstattung vor. Dazu gehörten die Themenorientierung durch Medien, die Medialisierung der Wissenschaft, Erörterung sozialer Konflikte durch Berichterstattung oder die Nutzung von Medien als Feedback für Personen, Praktiken und Institutionen. Politiker würden Medien nutzen, um die Reputation von Argumenten zu prüfen, Sachinformationen zu erhalten, die eigene Meinungsbildung zu befördern und die mediale Konstruktion von Expertisen und die darin vermittelten Wertentscheidungen zu berücksichtigen. Diese Konsequenzen der Medienberichterstattung könne man als informelle Politikberatung bezeichnen.

Stefan Böschen beleuchtete in seinem Beitrag die regulative Dimension des Verhältnisses von Politik und Wissenschaft am Beispiel der Ökologischen Chemie. Unter diesem Forschungsbereich hätten sich drei verschiedene Forschungsrichtungen entwickelt, die eigene Evidenzkulturen, also Formalisierungen dessen, was als Wissen gilt, ausprägen würden: die analytische Chemie mit einer instrumentalistischen Evidenzkultur, die Ökotoxikologie mit einer holistische Evidenzkultur und das „Hazard Assessment“ mit einer evaluativen Evidenzkultur. Regeln, die durch die Industrialisierung im 19. Jahrhundert angestoßen, sowie Stoffgesetze, die in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts erlassen worden waren, wären der heutigen chemiepolitischen Regulierung durch die EU-Verordnung REACH vorausgegangen. Zwar mache REACH das Vorsorgeprinzip stark, doch basiere dieses v. a. auf der evaluativen Evidenzkultur und ver-

nachlässige dabei die Erkenntnisse der anderen Forschungsrichtungen. Die einseitige Basierung auf dem Hazard Assessment führe, so Bösch, die Notwendigkeit reflexiver Wissenspolitik vor Augen, die den politischen Umgang mit Wissen bzw. Nichtwissen infrage stellen könnte.

Der politischen Bedeutung wissenschaftlichen Wissens widmete sich auch *Silke Beck* in ihrem Beitrag zum IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change). **Meldungen über wissenschaftlichen Dissens und Schlussfolgerungen trotz fehlender Daten hätten dem Ruf des wissenschaftlichen zwischenstaatlichen Gremiums geschadet.** Die öffentliche Diskussion über wissenschaftliche Unsicherheiten führe zu Verzögerungen bei politischen Entscheidungen, aber auch zu Reformen des IPCC. Dies zeige, wie sehr das Expertengremium auf Themen wie Glaubwürdigkeit und politische Relevanz reagiere und verweise damit auf die These der Politisierung der Wissenschaft. Die Glaubwürdigkeit der Experten gelte aber nur dann als gesichert, wenn diese öffentliches Vertrauen genossen. Um dieses herzustellen, müsse das IPCC transparenter und zugänglicher werden sowie Raum für Dialog schaffen.

2 Policy-Instrumente

Dass Wissen auch eine Kategorie zur Analyse von Policy-Instrumenten sein könne, versuchte *Sonja Löber* in ihrem Vortrag am Beispiel der Umweltpolitik vorzustellen. So genannte New Environmental Policy Instruments (NEPIs), wie der Emissionshandel oder die strategische Umweltplanung, würden es von den jeweils betroffenen Akteuren erfordern, Wissen zu generieren, um die geforderten Auflagen zu erfüllen. Löber zufolge bestehe die Besonderheit der NEPIs darin, dass sie entweder das Ziel vorgäben, aber die Mittel offen ließen (wie das beim Emissionshandel der Fall sei) oder die Mittel vorgäben und die konkrete Zielformulierung offen ließen (wie bei der strategischen Umweltplanung). Erst durch diese Governanceansätze würde als angebliche Besonderheit der NEPIs Marktwissen mobilisiert, das eine notwendige Bedingung zum Erfolg der politischen Steuerungsinstrumente bedeute.

Eine andere Herangehensweise an das Thema wählte *Jan Peter Voss*, indem er Politikinstru-

mente als Wissen und deren konkretes Design sowie die Art und Weise ihrer Implementation als „Kampf“ definierte. Konsensuskonferenzen, Public-Private-Partnership oder E-Government könnten als Beispiele für diese Politikinstrumente dienen. Voss schlug vor, deren Einführung, Durchsetzung und Verschwinden mit dem gleichem Vokabular zu beschreiben, das auch benutzt werde, um die genannten Prozesse für den Fall neuer Technologien zu erklären, da hier Parallelen beobachtbar wären. Wie bei Technologien benötige auch die soziale Einbettung von Politikinstrumenten nicht nur nationaler und globaler Vorgaben, sondern auch lokalen Kontextwissens. Dieses Kontextwissen variere abhängig von politischen Gegebenheiten.

3 Wissensproduktionen und ihre Institutionen

Robert Fischer erörterte anhand seiner Erfahrungen im EU-Projekt „Seamless“ (**System for Environmental and Agricultural Modelling; Linking European Science and Society**) die Hindernisse evidenzbasierter Politikgestaltung. Im Rahmen des Projekts war eine Datenbank für das Politikfeld Landwirtschaft und nachhaltige Entwicklung aufgebaut worden. Sie sollte dazu dienen, mögliche Entscheidungen in ihren unterschiedlichen Sachdimensionen anhand der Informationen aus der Datenbank abzuschätzen. Fischer legte dar, dass sowohl das Angebot an Informationen als auch deren kontextabhängige Interpretation die tatsächliche Basierung von Entscheidungen auf die Datenbank beeinflussen würden. Maßgeblich seien die Probleme bei der Arbeit mit der Datenbank in politisch-institutionellen Faktoren begründet. Zudem könnte die Glaubwürdigkeit politischer Entscheidungen infrage gestellt werden, würden diese lediglich auf die gebotenen Informationen und nicht auf weitere Quellen gestützt.

Welche Konsequenzen die soziale Konstruktion des Klimarechenzentrums Hamburg auf die Wissenschaft habe, erörterte *Sonja Palfner* in ihrem Vortrag. Die Gründung der Forschungsstätte sollte zwei Bedarfe abdecken: komplexe Modelle für die Klimaforschung errechnen und damit zugleich eine breitere Informationslage für die Verbesserung von Entscheidungen in der Klimapolitik schaffen. Das Rechenzentrum selbst

jedoch habe die Auflage, Serviceleistungen für andere Forscher zu erbringen. Eigene Forschungen anzustellen sei nicht möglich, obwohl die Leitung des Rechenzentrums von Wissenschaftlern besetzt sei. So berichtete Palfner von dem Fall des Ausschlusses einer internen Gruppe, weil diese eigene Forschungen betrieben hätte. Hier hätte sich also eine spezifische Form der Forschung etabliert. Die Einführung des Rechenzentrums hätte auch die lokale Organisation der Wissenschaft verändert, indem sich Institute um den neuen Standort ansiedelten und damit der Digitalisierung Rechnung trügen.

Wie die politische Interpretation wissenschaftlichen Wissens Einfluss auf politische Praktiken nehme, versuchte *Jannes Fröhlich* in seinem Beitrag über Strategien zur Anpassung an den Klimawandel darzustellen. Wissenschaftliches Wissen über den Klimawandel sei unsicher und die Prognosen über die Temperaturveränderung divergierten erheblich. Die politische Antwort, um dennoch zu Entscheidungen und Maßnahmen zu gelangen, könnte sich als regionale und soziale Kontextualisierung des wissenschaftlichen Wissens beschreiben lassen. Dies legen jedenfalls die ersten Ergebnisse Fröhlichs nahe. In verschiedenen Settings würden viele direkt und indirekt betroffene Akteure untereinander gemeinsame Maßnahmen und Anpassungsstrategien aushandeln. Abhängig von den beteiligten Akteuren und deren jeweiliger Wissensbeständen würden unterschiedliche Wissensstrukturen, Werte und Rituale erkennbar.

4 Offene und geschlossene Wissensarchitekturen

Johanna Niesyto konnte in ihrem Beitrag über die Politik der Wissensproduktion in der Wikipedia unterschiedliche Regelstrukturen bei der Produktion von Wissen aufweisen. Die Open-Source-Bewegung, Weiterentwicklungen von Software sowie der institutionelle Rahmen um Wikipedia würden deren strukturellen Kern bilden. Bei der Wissensproduktion ließen sich aber auch weitere kollektive Praktiken aufweisen. Zwar gäbe Wikipedia vor, dass Artikel einen „scientific point of view“ oder den „neutral point of view“ wiedergeben sollten. Jedoch zeigten die Analysen Nie-

sytos, dass User sich auf einen Pluralistic Point of View (PPoV) bezögen. Der PPoV ließe sich mit dem Begriff „written by the people for the people“ auf den Punkt bringen. Daneben konnte Niesyto zeigen, dass beispielsweise bei der Darstellung kontroverser Standpunkte versteckte Politik betrieben würde.

Nicht die internen Regelstrukturen von Vergegenständlichungen sozialer Wissensbestände in Artikeln, sondern die politische Regulierung von Patenten als Vergegenständlichungen von Wissen behandelte *Raymund Werle* in seinem Vortrag. Patente ermöglichten den rechtlichen Schutz von Innovationen. Zwar hätte man in den letzten 30 Jahren in zunehmendem Maß Patente vergeben, jedoch wäre nur eine geringe Zunahme des Handels mit Patenten zu verzeichnen, wie dies eigentlich politisch intendiert sei. Dies erklärte Werle damit, dass Wissen im Vergleich zu Waren und Dienstleistungen nur eingeschränkt handelbar gemacht werden könne. Zugleich stünden der Bestrebung der Kommodifizierung von Wissen, die Open-Source-Bewegung sowie deren Ablehnung durch neoliberale Strömungen entgegen.

5 Abschluss

Als Abschlussvortrag fasste *Stefan Kuhlmann* einige Argumente der Vorträge nochmals zusammen, betonte die sozialkonstruktivistische Perspektive bei der Erforschung von Wissen und skizzierte Forschungsperspektiven im Bereich von Governance-Systemen. Dabei kam er nicht umhin (ausgehend vom Collingridge-Dilemma), auf die Möglichkeiten der niederländisch geprägten konstruktiven TA hinzuweisen. Aus Kuhlmanns Sicht wären v. a. bei der Untersuchung des Verhältnisses von Politik und Wissen und der gesellschaftlichen Verarbeitung von Wissen Prozesse sozialer Reflexivität und Lernvermögens wichtige Aspekte künftiger Forschungsprojekte.

Neben offenen und geschlossenen Wissensarchitekturen, Wissensproduktionen und ihren Institutionen oder der Neubeschreibung des Begriffs Wissensordnungen fielen auf dem Workshop Begriffe wie Wissenspolitik, Wissensregime, Wissensstrukturen oder sogar Wissenskulturen. Welche Unterscheidungen die jeweiligen Konzepte anlegen und was sie genau beschreiben sollen,

blieb oftmals offen. Dieses begriffliche Potpourri ist mit Sicherheit zum Teil der sozialwissenschaftlichen Diskussion der letzten Jahre um Wissen geschuldet. Statt, wie von den Veranstaltern intendiert, gemeinsame Perspektiven zwischen Politikwissenschaft, Soziologie und Science and Technology Studies auszuloten, könnten aber die Perspektiven klassischer sozialwissenschaftlicher und besonders wissenssoziologischer Theoriebildung ausreichen, um aktuelle Forschungsprojekte hinreichend zu beschreiben. Dementsprechend wären die Vorträge Straßheims, Voss', Palfners und Niesytos als Beispiele für das anfangs skizzierte Foucaultsch inspirierte Forschungsinteresse zu verstehen. Bei den Beiträgen von Petersen, Böschen, Beck, Löber, Fischer und Fröhlich handelt es sich um Projekte, die sich für die sozialen bzw. sozialwissenschaftlichen Konsequenzen interessieren, die sich ergeben, wenn soziale Subjekte kontextspezifisch extern konstruierte Wissensbestände interpretieren. Natürlich überlappen sich die analytischen Perspektiven. Jedoch kristallisierte sich immer ein eindeutiges Erkenntnisinteresse heraus. Nicht bezweifelt werden soll, dass die vorgestellten Forschungsprojekte auf höherer Detailebene mit weitergehenden analytischen Kategorien arbeiten. Folglich zeigte der Workshop, dass politikwissenschaftliche Perspektiven bei der Erforschung des Verhältnisses von Politik und Wissen eher als Residualkategorie denn als Anleitung für Projekte dienen. Diese Beobachtung verwundert, handelt es sich bei dem Organisator des Workshops doch um den Arbeitskreis Politik, Wissenschaft und Technik der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft.

« »

„Kultur“ als Herausforderung für Nachhaltigkeitsforschung

Bericht vom 7. Workshop des „Forums on Sustainable Technological Development in a Globalising World“

Berlin, 9.–12. Juni 2010

von Barbara Muraca, Universität Greifswald, und Verena Holz, Universität Lüneburg

Die Globalisierung bringt Herausforderungen für die Zukunftsgestaltung von Gesellschaften mit sich. Diese Herausforderungen werden auch in ihren kulturellen Zusammenhängen diskutiert. Während einige Ökonomen heute dafür plädieren, soziale und kulturelle Interessen der Individuen in die Indizierung von Entwicklung und Wachstum mit aufzunehmen, konzipieren Künstler und Kuratoren Ausstellungen, die sich mit den kulturellen Folgen des Klimawandels auseinandersetzen. Auch in der Netzwelt haben die Wechselbeziehungen nachhaltiger Entwicklung und Kultur ihre Plattformen gefunden: Während das Goethe-Institut etwa ein Portal „Klimawandel und Kultur“ und sogar einen entsprechenden Facebook-Account unterhält, debattieren weltweit User in zahlreichen eigens dafür eingerichteten Blogs über „Culture and Sustainability“. Diese heterogenen Beispiele der Diskurse und Aktivitäten unterschiedlichster Akteure bilden ein Interesse hinsichtlich globaler Entwicklungspolitik und deren Strategien ab, das zunehmend ernstgenommen und auch wissenschaftlich diskutiert wird.

Der wissenschaftliche Nachhaltigkeitsdiskurs ist in seinem Kern transdisziplinär: Er verortet sich an der Schnittstelle zwischen interdisziplinärer (theoretischer wie auch angewandter) wissenschaftlicher Forschung, politischer Zielsetzung und politischen Entscheidungsprozessen sowie gesellschaftlicher Gestaltung, die eine möglichst breite Partizipation aller Beteiligten fordert und braucht. Die kulturelle Dimension nachhaltiger Entwicklung nicht weiterhin als „Beiwerk nachhaltiger Entwicklung“ zu betrachten, sondern als Struktur gebende modellierende Instanz in ihren Funktionen zu erforschen und wahrzunehmen, ist zu einer Herausforderung zeitgenössischer Wissenschaft geworden.